



Rostock, den 08. Juni 2023

PRESSEMITTEILUNG

**CDU/UFR-Fraktion zum Beschluss der Bürgerschaft
über die neu gefasste Kurabgabebesatzung**

Die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock beschloss auf ihrer gestrigen Sitzung mit knapper Mehrheit die Einführung der neu gefassten Kurabgabebesatzung. Nach vorausgegangener Diskussion und Einbringung von insgesamt elf Änderungsanträgen lehnte die CDU/UFR-Fraktion die Beschlussvorlage zur Kurabgabebesatzung ab.

Hierzu äußert sich die Fraktionsvorsitzende der CDU/UFR-Fraktion Chris Günther:

„Mit der Einbringung von insgesamt sechs Änderungsanträgen haben wir als Fraktion versucht, die vorgelegte Beschlussvorlage zur Kurabgabebesatzung zu heilen. Dabei war für uns insbesondere der Mobilitätsanteil von 1,45 EUR der Schlüsselfaktor innerhalb der Diskussion. Ein Änderungsantrag zielte demnach darauf ab, die Pauschale für ein Jahr auszusetzen, um eine gewissenhafte Evaluierung zum Nutzerverhalten des ÖPNV, vorwiegend unter Berücksichtigung des zum 01. Mai 2023 begonnenen Deutschland-Tickets zu ermöglichen. Leider mussten wir feststellen, dass sich die anderen Fraktionen lieber für eine Doppelbelastung der Touristen aussprechen und unseren Antrag ablehnten. Das Resultat ist nun eine Kurabgabebesatzung, mit der Touristen, die ein Deutschland-Ticket, und damit Zugang zum ÖPNV besitzen, nun an den Rezeptionen für eine zusätzliche Mobilitätspauschale zur Kasse gebeten werden. Eine solch verpflichtende Doppelbelastung war mit unserer Fraktion nicht zu machen.

Überhaupt mussten wir mit Verwunderung feststellen, dass insbesondere die Fraktionen der LINKEN und SPD ihren sozialen Kompass, für den sie immerhin ein Alleinstellungsmerkmal beanspruchen, verloren haben. Einen Änderungsantrag abzulehnen, der Kinder von 6 bis 14 Jahre und Schwerbehinderte ab einem Grad der Behinderung von 80 bei der Kurabgabe entlastet hätte, lässt ein großes soziales Fragezeichen zurück.“